Fachausschuss Mobilität der SPD Berlin

Beschluss vom 27.11.2019

Sofortmaßnahmen für einen klimaverträglichen und stadtgerechten Verkehr bis zum Ende der 18. Wahlperiode

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksämter werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass folgende kurzfristige Maßnahmen bis zum Ende der 18. Wahlperiode umgesetzt werden, zu deren Zielen sich bereits im Koalitionsvertrag verpflichtet wurde:

Poller-Programm - bauliche Durchsetzung der StVO zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Beschleunigung umweltfreundlicher Verkehrsmittel

- Vorübergehende Schaffung von Radspuren durch gelbe Markierungen

Wo möglich, wird im vereinfachten Verfahren durch gelbe Markierungen und temporäre Poller eine sichere Radspur für Fahrradfahrer*innen geschaffen. Wenn die Planungskapazitäten ausreichend aufgebaut sind, sollen diese durch dauerhafte bauliche Maßnahmen ersetzt werden. Wo notwendig sollen dafür Parkplätze entfallen. Prioritär sind die Markierungen an allen Hauptverkehrsstraßen ohne ordnungsgemäßen Radspur aufzubringen.

- Sichere Fußgänger*innenüberwege

Baulich vorgesetzte Kaps verhindern ein Zuparken von Überwegen. Übergangsweise bis zur baulichen Umsetzung der Maßnahme sollen temporäre Poller und Abmarkierungen genutzt werden.

- Maßnahmen zur Haltestellenfreihaltung

Wenn wegen längerer Standzeiten von Bussen Haltestellenkaps nicht zielgerecht sind bzw. diese nicht zeitnah realisiert werden können, sollen einfache Maßnahmen wie Poller vor und nach jeder Haltestelle verhindern, dass über den gesetzlich erlaubten Abstand zum Haltestellenschild geparkt wird. Flankierend dazu kann auch eine Abmarkierung (Zick-Zack-Streifen) angebracht werden. Ähnliches gilt für Straßenbahnhaltestellen im Straßenland, die noch nicht barrierefrei ausgebaut sind.

ÖPNV-Attraktivierung konsequent vorantreiben – Bevorrechtigung und Dekarbonisierung schneller realisieren

- Flächendeckend Busspuren 24/7 einrichten

Neue Busspuren sollen dort eingerichtet werden, wo die Busse im Stau stehen. Außerdem sollen die Lücken im existierenden Busspurennetz geschlossen werden. Die zeitliche Beschränkung der Busspuren muss entfallen.

- Abgeschaltete Vorrangschaltungen an LSA wieder in Betrieb nehmen

Um die ÖPNV-Beschleunigung effektiver zu gestalten, werden die entsprechenden LSA-Maßnahmen als absolute Beschleunigung realisiert.

ÖPNV-Beschleunigung vorantreiben

Durch entsprechende Zielvereinbarungen soll sichergestellt werden, dass die Projekte ÖPNV-Beschleunigung und Verbesserung der Radwegeinfrastruktur zügig in die Umsetzung kommen. Ziel muss es sein, dass am Ende der Legislaturperiode mindestens alle Metrolinien der Straßenbahnen und Busse analysiert und beschleunigt sind.

- Tempo 30 insbesondere vor Schulen anordnen

Sehr kurzfristig sollen Tempo-30-Abschnitte in sensiblen Bereichen, wie beispielsweise vor Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Altenheimen, umgesetzt werden.

 Bahnen richtig grün machen. Der VBB soll beauftragt werden, dass in Ausschreibungen keine Dieseltriebzüge mehr neu beschafft werden dürfen und Altfahrzeuge maximal übergangsweise zulässig sind. Der VBB soll technologieoffen alternative Antriebe im SPNV fördern. Die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien soll verpflichtend vorgegeben werden.

Konflikte identifizieren und lösen

- Konfliktpunkte zwischen unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden entschärfen
 Es sollen verstärkt Einbahnstraßen für Autos geschaffen werden, wodurch der Platz für mehr und breite Fahrrad- und Fußwege entsteht.
- Lieferzonen für Wirtschaftsverkehre einrichten
 Um künftig das Parken in der 2. Reihe und die damit auch verbundene Beeinträchtigung des Busverkehrs und gefährliche Ausweichmanöver von Radfahrenden zu vermeiden, werden Parkplätze in Lieferzonen umgewandelt.

Stadtverträglicher Verkehr beginnt mit der Sensibilisierung und Verantwortung der Verwaltung

- Ordnungsamt-Fahrradstreife

Analog den Fahrradstreifen der Polizei werden bei den Ordnungsämtern Fahrradstreifen eingerichtet. Sie sind vor allem für das Kernnetz der Fahrradinfrastruktur sowie die Ahndung regelwidrigen Parkens und regelwidrigen Verhaltens von Fahrradfahrenden zuständig.

- Verwaltung umsatteln
 - Ab sofort werden in der Verwaltung keine Dienstautos mit Verbrennungsmotoren mehr angeschafft werden. Es sollen ausschließlich emissionsfreie Antriebe, Lastenräder und E-Bikes genutzt werden.
- Sharing-E-Tretroller ordnen und Firmen an Nutzungskosten beteiligen

 Das Abstellen von Sharing-E-Tretrollern ist nur noch auf dafür ausgewiesenen Flächen erlaubt. Hierfür sind Parkplätze entsprechend umzuwandeln. Die Sharing-Firmen sollen für die kommerzielle Nutzung dieses öffentlichen Raumes eine Gebühr entrichten.

Begründung

Zur Einhaltung der im Koalitionsvertrag verankerten klimagerechten und stadtverträglichen mobilitäts- und verkehrspolitischen Ziele ist die Umsetzung der Maßnahmen des Sofortprogramms erforderlich. Über die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen hinaus sollen weitere kurzfristige Verbesserungen die Mobilität in Berlin verbessern und fördern:

- Ein Poller-Programm zur baulichen Durchsetzung der StVO zur Erhöhung der Mobilitätsund Verkehrssicherheit
- Die Beschleunigung umweltfreundlicher Verkehrsmittel
- Ein Programm, um bestehende Konflikte in der Mobilität zu identifizieren und lösen
- Sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung und Verantwortung der Verwaltung.